

»» Wie hoch könnten die Zölle nach einem „harten Brexit“ liegen?



Nr. 129, 28. März 2017

Autor: Dr. Philipp Ehmer, Telefon 069 7431-6197, philipp.ehmer@kfw.de

Nach einem „harten Brexit“ gelten die WTO-Regeln

Die Briten lassen derzeit keinen Zweifel daran, dass sie den „harten Brexit“ anstreben. Für die vollständige Kontrolle über die Migration ist man anscheinend bereit, den zollfreien Handel von Waren und Dienstleistungen mit der EU zu opfern. Aber was genau bedeutet das für die künftigen Wirtschaftsbeziehungen? Wie hoch könnten die Zölle nach dem Brexit liegen?

Hierüber geben die Zollinformationen der WTO Aufschluss. Treten die Briten ohne Ersatzabkommen aus dem Binnenmarkt aus, gelten für den Außenhandel mit der EU danach die Regeln der Welthandelsorganisation. WTO-Mitglieder verpflichten sich, bestimmte Vorschriften bei der Festsetzung von Zöllen einzuhalten. Dazu gehört zum einen das „most favourite nation“-Prinzip. Dieses ist Ausdruck des multilateralen Ansatzes in der WTO. Es besagt, dass Länder jenseits von bilateralen Freihandelsabkommen Zollvergünstigungen nicht einzelnen Ländern – mit der Ausnahme von Entwicklungsländern – gewähren dürfen. Stattdessen müssen stets die gleichen Zollregelungen für alle Handelspartner gelten. Zum anderen legen die Mitglieder so genannte Vertragszölle fest, die sie maximal erheben dürfen.

In der Europäischen Union gilt derzeit ein durchschnittliches Zollniveau gegenüber Drittländern von 5 %. Allerdings unterscheiden sich Zölle stark nach Güterklassen. Arbeitsintensive Branchen werden üblicherweise stärker vor ausländischer Konkurrenz geschützt. In kapitalintensiven Wirtschaftszweigen, wie der Elektroindustrie oder dem Maschinenbau, liegen die Zölle dagegen niedriger.

Kein Freibrief für Großbritannien

Einen Freibrief für die einseitige Gestaltung von Handelsbeziehungen gegenüber dem Weltmarkt wird es für Großbritan-

nien aufgrund der internationalen Regeln nicht geben. Aus zwei Gründen besteht diesbezüglich dennoch ein Restrisiko: Erstens könnte die britische Regierung geltendes WTO-Recht ignorieren. Allerdings verfügt Großbritannien nicht über einen so großen Binnenmarkt, dass das Land Gegenmaßnahmen seiner Handelspartner ohne größere Schäden überstehen könnte.

Zweitens ist Großbritannien derzeit nur in seiner Eigenschaft als EU-Mitglied Teil der WTO. Da sich EU-Länder im Rahmen der europäischen Zollunion auf einen gemeinsamen Außenzoll gegenüber Drittländern geeinigt haben, treten sie bei der Welthandelsorganisation lediglich als Gemeinschaft, nicht mehr als Einzelländer auf. Es gilt als wahrscheinlich, dass Großbritannien nach dem Austritt die für die EU bestehenden Regelungen übernimmt. Möglich wäre aber auch die Verhandlung neuer Konditionen mit im Ergebnis höheren Vertragszöllen – auch wenn das ein aufwändiger und langwieriger Prozess wäre und Großbritannien im Gegenzug mit höheren Zöllen für seine Exportgüter rechnen müsste.

Belastungen für Deutschland zu verkräften – britische Wirtschaft verliert

Würde Großbritannien nach dem Ausscheiden aus der EU deren Zollstruktur gegenüber Drittländern übernehmen, läge der Einfuhrzoll etwa für Pkw aus Deutschland künftig bei 10 %. Zum Vergleich: In China beträgt der entsprechende Einfuhrzoll 25 %. Für Erzeugnisse des Maschinenbaus wären es zwischen 0 und 4 %.

Für einzelne Branchen, wie den Automobilbau, dürften die Zölle unter WTO-Regeln also kräftig steigen. Allerdings gelten viele deutsche Exportprodukte als wenig preissensitiv und überzeugen Abnehmer vor allem unter Qualitätsgesichtspunkten. Zudem gehören vor allem kapitalintensive Wirtschaftszweige

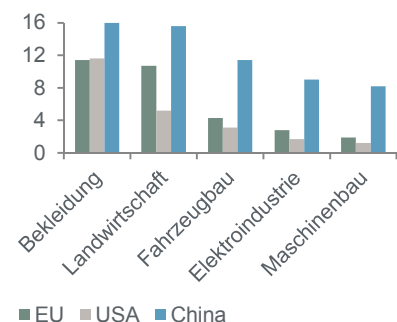
zu den typischen Exporteuren Deutschlands. Diese würden auch im Fall eines harten Brexit meistens nicht von merklich höheren Zöllen ausgebremst.

Einzelne Unternehmen mit Fokus auf das Geschäft mit Großbritannien werden freilich durchaus Auswirkungen spüren. Insgesamt liefert die deutsche Wirtschaft 7 % ihrer Wareneinfuhren nach Großbritannien – das Land ist der drittgrößte Exportmarkt. Stärker noch werden aber die Briten selbst belastet. Ihre Wirtschaft verfügt für ein hoch entwickeltes Land über ungewöhnlich kleine industrielle Kapazitäten – sie ist also auf Warenimporte angewiesen.

Insgesamt stellt der harte Brexit das Worstcase-Szenario dar. Die britische Regierung betonte mehrfach, auch weiterhin enge Wirtschaftsbeziehungen zur Europäischen Union anzustreben. Hohe Zölle sind nicht im Interesse der Briten. Es ist durchaus möglich, dass für die Zeit nach Abschluss der Brexit-Verhandlungen 2019 zunächst eine Zwischenlösung ausgehandelt wird und ein vorübergehender Zugang zum Binnenmarkt vorerst erhalten bleibt. Für die Zeit danach dürfte ein neues Abkommen mit bevorzugten Handelsbedingungen zwischen Großbritannien und der EU verhandelt werden. ■

Zoll je nach Güterklasse verschieden

Einfuhrzölle in ausgewählten Branchen, in Prozent



Quelle: WTO